

An den **Oberbürgermeister**  
 Der Stadt Coburg  
**Herrn Norbert Kastner**  
 Markt 1  
 96450 Coburg

Coburg, den 7.7.2010

**1. Antrag zur Stadtratssitzung am 22.7.2010 des einzigen Coburger Stadtratsmitglieds der ödp  
 Hier: Änderung der Darstellung unserer Steuereinnahmen im Haushaltsplan, spätestens ab 2011**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat möge beschließen, dass in allen Darstellungen im Haushaltsplan der Stadt Coburg, spätestens ab dem Jahr 2011, sowohl die Gewerbesteuereinnahmen als auch der Anteil an der Einkommensteuer sofort um die Anteile der darauf entfallenden Transferleistungen gekürzt wird. Die Darstellung des Saldos ist deshalb unbedingt geboten, weil wir uns dieser Zahlungsverpflichtung nicht entziehen können und sie deshalb unmittelbar, im doppischen Haushalt, als Rückstellung dargestellt und gebucht werden muss.

**Begründung:**

Kein Unternehmen nennt bei Nennung seiner Erlöse die darauf als Durchreichposten entfallende Umsatzsteuer.

Die Stadt Coburg fördert mit ihrer im Haushaltsplan bisher geübten Darstellungsweise, sowohl der Gewerbesteuereinnahmen als auch unseres Anteils an der Einkommensteuer, eine völlig irreführende Erwartungshaltung, sowohl in der Wirtschaft ( Investitionskraft für Wirtschaftsförderung, Neubau eines Verkehrslandeplatzes, Glasfaserverkabelung, Kongresshotel) als auch beim Bürger ( Investitionskraft für Schul- und Sportförderung sowie im städtebaulichen Bereich des ISEK), wie das folgende Beispiel für den Haushalt 2010 eindrucksvoll zeigt:

Gewerbesteuereinnahmen	45,000 Mio €
Abzüglich der Rückstellung für Steuerumlage 25,8 %	= 11,610 Mio €
Abzüglich der Rückstellung für Kreisumlage 17,1%	= 7,695 Mio €
	<b>Gewerbesteuersaldo 25,695 Mio €</b>
Anteil an Einkommensteuer	16,000 Mio €
Abzüglich der Rückstellung für Kreisumlage 17,1%	= 2,736 Mio €
	<b>Einkommensteuersaldo 13,264 Mio €</b>

**Aus diesen beiden Einnahmequellen von insgesamt 61 Mio € verbleibt dem städtischen Haushalt lediglich ein Steuereinnahmensaldo von ca. 39 Mio €**

Wenn wir diese 39 Mio € in Relation zu unseren Personalausgaben für die Verwaltung in Höhe von 36,5 Mio € setzen und noch dazu den, im Staatsvertrag über unser wunderschönes Landestheater festgeschriebenen Zuschuss von etwa 5 Mio € bedenken, dürfte es, sowohl für die Coburger Wirtschaft, als auch für jeden Bürger sofort klar werden, dass wir unsere gesetzlich vorgeschriebenen Schulträger-Investitionen und weitergehende Investitionen auf die bisherige Weise nicht mehr finanzieren können.

Es wird sicherlich kein Stadtratsmitglied dafür zu gewinnen sein, aufgrund der völlig verfehlten Steuer- und Wirtschaftspolitik der Schwarz-Gelben-Koalitionsregierung in Berlin, diese Investitionen durch eine unverantwortliche Kreditaufnahme zu finanzieren. Wir werden also, zusätzlich zur bisher verfolgten Sparpolitik, auch eine Erhöhung unserer Einnahmen konsequent in Angriff nehmen müssen.

Neue Stadtrats-Investitions-Wunsch-Veranstaltungen können nach meiner festen Überzeugung für die nächsten Jahre ausgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Klaus Klumpers